

REGION

TV-Programm
Was läuft heute im
Fernsehen? **Seite 18**



Knapp 90 000 Dollar und 12 000 Euro Falschgeld beschlagnahmt

Zoll kontrolliert Fahrzeug auf A 38 bei Friedland

Friedland. Knapp 90 000 Dollar und mehr als 12 000 Euro Falschgeld haben Zollbeamte bei einer Kontrolle in einem Auto auf der Autobahn 38 bei Friedland sichergestellt. Wie das Hauptzollamt Braunschweig am Montag mitteilte, überprüften die Beamten bereits am vergangenen Donnerstag das Auto, das auf dem Weg von den Niederlanden in die Ukraine war. Versteckt in einer Mülltüte im Kofferraum fanden die Zollbeamten die Geldscheinbündel.

Zur Rede gestellt sagte der Fahrer, dass es sich um Spielgeld für seine Kinder handeln würde. Ob das Geld als Spiel- oder Falschgeld anzusehen ist, muss nun ein Gericht entscheiden. Wer Falschgeld in Umlauf bringt, dem droht eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren. Zusätzlichem Ärger bekommt der Mann, weil er sich mit ungarischen, ukrainischen und tschechischen Papieren auswies – nach einem der Ausweise fahndete die Polizei bereits. **dpa**

Böller verletzt 21-jährigen Eishockeyfan

Braunlage. Nach dem Eishockeyspiel der Harzer Falken gegen den Hamburger SV sind am Sonntagabend Streitigkeiten zwischen einem 48-jährigen Mann aus Hamburg und einer Gruppe junger Männer aus dem Landkreis Osterode eskaliert. Dabei wurde ein 21-Jähriger aus Wulften durch einen explodierenden Feuerwerkskörper verletzt. Nach Polizeiangaben haben sich die Beteiligten bereits während des Spiels gegenseitig provoziert. Im Anschluss bewarf der Hamburger vor dem Stadion die Wulftener Gruppe mit einem Böller. Hierbei wurde ein 25-Jähriger an der Stirn verletzt und der 21-Jährige klagte über starke Ohrschmerzen.

Wie der Wulftener selbst berichtete, erlitt er ein Knalltrauma. Über den Hergang selbst, der sich draußen vor dem Stadion abgespielt hat, fehlt ihm die Erinnerung. Im Stadion habe er keine gereizte Stimmung unter den verschiedenen Fan-Gruppen wahrgenommen. Über einen Streit mit dem späteren Täter sagte er nichts.

Dank Zeugen konnte der in einen Hamburger Fanbus gestiegene Mann ausgemacht werden, sodass seine Personalien durch die Polizei festgestellt werden konnten. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 1,34 Promille. Um weitere Eskalationen zu vermeiden, wurde der Mann vor Ort aus den polizeilichen Maßnahmen entlassen und der Bus konnte aufbrechen. Ein Strafverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung gegen ihn wurde eingeleitet. **mb**

Shuttlebusse zum Coca-Cola-Truck in Hann. Münden

Hann. Münden. Anlässlich der Coca-Cola Weihnachtstour am Dienstag, 10. Dezember, ist in Hann. Münden mit erhöhtem Verkehrsaufkommen zu rechnen. Wer sich Parkplatzbesuche ersparen möchte und nicht fußläufig zur Altstadt wohnt, kann den Shuttle-Service des Dreiflüsse Taxis nutzen. Zwischen 15 und 21 Uhr verkehren jeweils zur halben und vollen Stunde die Shuttlebusse von folgenden Sammelpunkten: Lidl Filiale Hermannshagen, Penny Filiale Neumünden, Hitmarkt Gimte, Rewe Filiale am Galgenberg, teilt Lorina Wagner, Hann. Münden Marketing, mit.

Die Busse halten an der Blume sowie am Feuerteich und können von dort aus auch wieder für die Rückfahrt genutzt werden. Es wird darum gebeten, das Auto stehen zu lassen und die Sammelpunkte zu Fuß anzusteuern, um die Parkplätze der Supermärkte nicht zu blockieren. Der Preis für die Fahrt mit dem Shuttle Service des Dreiflüsse Taxis beträgt zwei Euro pro Person und Fahrt. Bei voller Auslastung gebe es einen Rabatt für die Fahrgäste, teilt Wagner mit. **wie**

Info Eine Übersicht über Parkmöglichkeiten: hann.muenden-erlebnisregion.de

Plakate gegen falsche Polizisten

Kooperation der Polizei Duderstadt mit der Sparkasse Duderstadt und der VR Bank Mitte

Von Vera Wölk

Duderstadt. Der Schaden, der durch sogenannte „Falsche Polizeibeamte“ im Jahr 2018 entstanden ist, beläuft sich auf etwa 4,7 Millionen Euro. Um vor allem ältere Menschen noch besser vor den Betrügern zu schützen, hat die Polizei Duderstadt Roll-Ups anfertigen lassen, die in Filialen der Sparkasse Duderstadt und der VR Bank Mitte aufgestellt werden sollen.

Das Schwierige an der Ermittlungsarbeit zum Thema falsche Polizeibeamte sei, dass die Haupttäter im Ausland säßen und somit schwer zu ermitteln seien. „Das Einzige, was die Täter für ihre Anrufe benötigen, sind ein Telefon und ein Internetanschluss“, erklärt Karl-Hubert Wüstefeld, Leiter des Polizeikommissariats Duderstadt. Anrufe in der Region erfolgen nach seiner Aussage wellenartig alle drei bis vier Wochen. „Die Prävention ist hierbei unsere vornehmste Aufgabe“, sagt Wüstefeld. Hierzu unternehme die Polizei größte Anstrengungen und veranstalte unter anderem Präventionsabende zum Thema falsche Polizisten.

Diese Arbeit zeige zwar auch schon Erfolge, so hätten sich bei der aktuellen Anrufwelle 35 Personen bei der Polizei gemeldet, um einen Betrugsversuch zu melden. „Doch damit unsere Arbeit auch weiterhin erfolgreich ist, benötigen wir Netzwerkpartner“, sagt Wüstefeld. Mit der Roll-Up-Aktion sollen Bankkunden noch am Geldautomaten auf die bestehende Problematik hingewiesen werden und im Zweifelsfall noch einmal überdenken, ob es sich bei einem Anruf eventuell um einen Betrugsversuch handeln könne.

Mitarbeiter sensibilisieren

Carsten Basdorf von der Sparkasse Duderstadt berichtet, dass er von dem Fall einer Duderstädterin, die Opfer falscher Beamter geworden ist, erst aus der Zeitung erfahren habe. Er habe den Artikel genutzt, um seine Mitarbeiter für das Thema zu sensibilisieren. Wichtig sei vor allem, dass man Vertrauen zu dem Kunden aufbaue und im Zweifelsfall auch nachfrage, wofür das Geld genutzt werden solle. „Dieses Nachfragen hat auch nichts mit Neugierde zutun, sondern mit Fürsorge“, betont Wüstefeld. Auf den Roll-Ups ist zum einen der Präventionsbeauftragte der Polizei Duderstadt Dierk Falkenhagen zu sehen und zum anderen ein Polizist mit Maske, der den falschen Polizisten



Dierk Falkenhagen, Karl-Hubert Wüstefeld, Carsten Basdorf und Florian Hartleib mit den neuen Roll-Ups.

FOTO: WÖLK

„Das Einzige, was die Täter für ihre Anrufe benötigen, sind ein Telefon und ein Internetanschluss.“

Karl-Hubert Wüstefeld,
Leiter des
Polizeikommissariats
Duderstadt

symbolisieren soll. Außerdem sind Hinweise zu lesen, dass die Polizei nicht unter 110 anruft und kein Geld beziehungsweise Wertgegenstände fordert. Auch Florian Hartleib von der VR Bank Mitte findet die Idee mit den Roll-Ups gut. Er zeigt zudem auf, dass es auch angesichts der zunehmenden Cyberkriminalität wichtig sei, dass neue Strategien zur Prävention genutzt werden.

Roll-Ups wandern durch die Filialen

Derzeit gibt es insgesamt fünf Roll-Ups. Jeweils zwei haben die VR Bank und die Sparkasse bekommen, ein weiteres liegt derzeit noch bei der Polizei. Geplant sei, dass eins jeweils in Duderstadt bleibe und das andere durch die einzelnen Filialen in der Umgebung wandere. „Durch die Aktion können wir mehr Menschen erreichen, als wenn wir mit einem Beamten für ein paar Stunden vor Ort sind“, sagt Wüstefeld. Falkenhagen sieht in den Roll-Ups eine Unterstützung seiner Vorträge, die er für Senioren regelmäßig gibt. „Zu den Veranstaltungen kommen etwa 300 Per-

sonen. Natürlich tragen diese das Gehörte auch weiter, dennoch ist die Dunkelziffer der gelungenen Betrugsversuche hoch“, sagt Falkenhagen. Er hofft, dass die Aktion erfolgreich sein wird und die Zahl der geglühten Betrugsversuche abnehmen wird.

Für den Bereich der Polizei Göttingen soll es nach Auskunft des dortigen Beauftragten für Kriminalprävention Marko Otte eine ähnliche Aktion geben. Wie die Kampagne genau aussehen soll, soll in den nächsten Wochen vorgestellt werden.

Tipps gegen falsche Polizisten

Um Menschen vor dem Betrug durch falsche Polizisten zu schützen, gibt die Polizei verschiedene Tipps. So rufe die Polizei nie unter der 110 an und verlange auch nicht die Herausgabe von Geld oder Wertgegenständen. „Wer glaubt, dass er Opfer eines Betrugs geworden ist, der sollte sich an die zuständige Dienststelle wenden“, sagt Karl-Hubert Wüstefeld, Leiter der Polizei Duderstadt.

Auch wenn jemand den Betrugsversuch durchschaut hat, sollte er die Polizei über den erfolgten Versuch informieren. Außerdem könne es helfen, den Vornamen aus dem Telefonbuch löschen zu lassen, denn die Täter durchsuchen dieses gezielt nach alten Vornamen, die sie anrufen können. Außerdem sollten ältere Menschen mit Familienmitgliedern über die Situation sprechen, denn so könne insbe-

sondere beim Enkeltrick schnell herausgefunden werden, ob es sich um einen echten Notfall in der Familie oder einen Betrug handelt. „Am Telefon sollte zudem nicht der echte Name des Angehörigen verwendet werden, sondern sich ein Name ausgedacht werden. Denn wenn der Anrufer den falschen Namen bestätigt, ist klar, dass es sich um einen Betrugsversuch handelt“, sagt Wüstefeld.

100 Bürger aus Hann. Münden und Scheden kämpfen gegen die Straßenausbaubeiträge

Bündnis von sieben Bürgerinitiativen: „Wir müssen das Land unter Druck setzen“

Von Michael Caspar

Hann. Münden. Für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (Strabs) kämpfen sieben Bürgerinitiativen aus Hann. Münden und Scheden. Sie haben sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen.

„Wir haben unsere Straßenausbaubeiträge bereits bezahlt, setzen uns aber weiterhin für ihre Abschaffung ein“, erklärt Angelika Flohr-Flögel, Anwohnerin der Wildemannschlucht aus Hann. Münden. Neben ihr seien noch ein Dutzend Nachbarn aktiv. Sie hätten Hauseigentümer von Straßen mobilisiert, in denen in den kommenden Jahren eine Erneuerung anstehe.

„2020 sollen die Bauarbeiten im Philosophenweg beginnen, später dann im Molkenbrunnenweg, in der Schönen Aussicht

und im Iserlohweg“, erklärt Flohr-Flögel. Die geplante Straßenerneuerung des Galgenbergs liege zurzeit auf Eis. Die Stadt warte den Ausgang eines Prozesses ab. Die Strabs-Gegner in Hann. Münden haben an betroffenen Straßen Flyer verteilt. Zu einer Informationsveranstaltung im Oktober kamen mehr als 90 Teilnehmer. Es formierten sich Bürgerinitiativen, die sich nun zum Bündnis zusammengeschlossen haben. Mit dabei ist auch eine BI aus Scheden. In ihr sind Hauseigentümer der Gaußstraße aktiv, die derzeit erneuert wird.

Vernetzung mit niedersächsischer Initiative

Das Mündener Bündnis hat sich der niedersächsischen Anti-Strabs-BI angeschlossen, in der mehr als 60 Bürgerinitiativen aktiv sind, so Flohr-Flögel. Das

Bündnis verlange die Abschaffung der Gebühr. Bei Beträgen von teilweise 20 000 bis 40 000 Euro drohten manche Eigentümer „in die Schuldenfalle“ zu geraten. Andere brauchten ihre Altersvorsorge auf. Einige verlor „möglicherweise ihr Heim und Haus“. Keine Lösung ist nach Meinung von Flohr-Flögel die Stundung des Betrags über 20 Jahre bei einem moderaten Zinssatz, wie es ein im Oktober verabschiedetes Gesetz in Niedersachsen vorsieht.

Das Bündnis störe, dass „nur die Hauseigentümer zur Kasse gebeten“ werden, so Flohr-Flögel. „Sie haben einen Wertverlust durch die Erneuerung“, hält Timm Fuchs vom Deutschen Städte- und Gemeindebund aus Berlin dagegen. „Unser Haus hat durch die Baumaßnahme nicht an Wert gewonnen“, sagt Flohr-Flögel.

Das Bündnis lehnt auch die sogenannten wiederkehrenden Beiträge ab. Bei ihrer Erhebung werden eine Reihe von Straßen zu einem Quartier zusammengefasst. Alle Hauseigentümer zahlen dann einen jährlichen Betrag, mit dem Straßenerneuerungen im Quartier finanziert werden. „Auch da werden ausschließlich die Hauseigentümer belastet“, kritisiert Flohr-Flögel. Aus Sicht der Kommunen spricht gegen eine solche Regelung, dass eventuell Begehrlichkeiten geweckt werden. Bürger könnten dann von den Kommunen fordern, dass nun endlich ihre Straße an der Reihe sei.

Höhere Hebesätze bei Gewerbe- und Grundsteuer

Das Mündener Bündnis will, dass Straßenerneuerungen aus den allgemeinen Steuermitteln gezahlt werden. „Die Kommu-

ne muss dann eine Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer prüfen“, erklärt Kommunalvertreter Fuchs. Der Nachteil: Das Geld verbleibe nicht zu 100 Prozent bei der Kommune. Gemeinden müssten einen Teil über die Kreisumlage an den Landkreis abführen. Außerdem verringerten sich mit einem höheren Steueraufkommen die Zuschüsse aus dem Landesfinanzhaushalt.

„Am besten wäre es, wenn das Land die Kosten übernimmt“, meint Flohr-Flögel. „Die Erfahrung lehrt, dass ein vollständiger Ausgleich der Kosten oft nicht stattfindet“, erklärt dazu Fuchs. So ist das beispielsweise in Niedersachsen bei der Abschaffung der Kita-Elternbeiträge gewesen. „Dann müssen wir das Land unter Druck setzen“, kommentiert Flohr-Flögel.